

Fortsetzung

«Sollte die nächste Krise ...»

Wo bleibt da die Gewaltentrennung? Aus Bern gab es dazu überhaupt keine Reaktion. Für mich unverständlich, denn uns wird letztlich vorgeworfen, wir hätten als Schweizer Bank in der Schweiz mit Schweizer Recht gearbeitet. Zudem wussten die Franzosen doch, dass französisches Geld in der Schweiz ist. Sie haben ja über das Abgeltungssteuerabkommen dafür Steuern eingekommen. Heute sagen sie, sie seien getäuscht worden.

Na ja, der französische Staat wurde um Milliarden geprellt. Stimmt nicht. Fakt ist, weit über 80 Prozent der Gelder waren schon vor 1980 in der Schweiz, ein grosser Teil davon sogar schon vor dem Zweiten Weltkrieg. Es ist also Unsinn, dass die UBS diese Vermögen erst Anfang der Nullerjahre alle in der Schweiz gebucht habe. Es ging um Sicherheit und nicht um Steuerthemen.

Jetzt übertreiben Sie. Es gab massenweise Leute aus Italien, Deutschland und Frankreich, die angeklagt wurden oder die sich freiwillig den Steuerbehörden gestellt haben.

Erstens: Um etwas falsch gemacht zu haben, müsste die UBS diese Leute aktiv und wissentlich dazu angehalten haben, Steuern zu hinterziehen. Das war nicht der Fall. Und zweitens: Der globale Legalisierungsprozess hat in etwa 80 Milliarden umfasst, doch unser gesamtes verwaltetes Vermögen liegt bei über 2300 Milliarden. Sie können die Rechnung selbst machen.

Wenn das alles so ist, wie Sie sagen, warum hat sich die Schweiz überhaupt so lange gegen den automatischen Datenaustausch (AIA) gewehrt? Ich glaube, der AIA ist richtig. Aber er wurde überstürzt eingeführt, ohne dass die Schweiz dafür irgendetwas bekommen hat – weder Marktzugang noch Rechtssicherheit für Kunden, Mitarbeiter oder Banken. Die Schweiz hat sich auf Versprechen aus dem Ausland verlassen, die nicht eingehalten wurden.

Im Prinzip hat die Schweizer Politik versagt.

Nicht nur im Prinzip. Fragen Sie mal die Tessiner Banken. Denen hat man freien Marktzugang nach Italien versprochen, aber nichts ist passiert.

So wie die Neat-Zufahrten nicht gebaut wurden.

Ja, das ist ein ähnlicher Fall. Sehen Sie, es gibt gute Gründe, warum

andere Staaten so agieren. Die vertreten ihre eigenen Interessen. Die Schweiz ist manchmal zu ehrlich. Das ist gut und richtig im Privat- und Geschäftsleben. In der Politik glaube ich nicht, dass es klug ist, sich auf solche Versprechungen zu verlassen. Nur weil jemand ein Nachbar ist, ist er nicht unbedingt ein Freund.

Sind wir denn von Feinden umgeben?

Nein, nicht übertreiben, es gibt auch etwas dazwischen. Ich glaube nicht, dass die Schweiz sich in den letzten Jahren immer klug verhalten hat. Es war klar, dass das Bankgeheimnis nach der Finanzkrise angepasst werden musste. 2008, als ich noch nicht bei der UBS war, habe ich das schon an einem Vortrag gesagt. Die Politik in Europa hat klare Signale gegeben. Aber man hätte sagen müssen: Wir warten, bis der Finanzmarkt vorbereitet ist. Die Eile war nicht nötig. Man hat sich von der Angst treiben lassen, auf der grauen Liste der OECD zu bleiben, doch da war man ja schon vorher. Wie gesagt, es wurde eine Abmachung getroffen, ohne dass die Schweiz dafür etwas bekommen hat.

Im Moment gibt es mit der EU den Konflikt um die

Börsenankennung, welche die EU nur gewähren will, wenn es ein Rahmenabkommen gibt.

Da sehen wir, wie es um das Verhältnis Schweiz - EU steht. Zum Glück gibt es einen guten Plan B. Ich finde es einen Affront, dass die Schweiz so behandelt wird. Die EU erkennt alle anderen Börsenplätze an, nur die Schweiz nicht. Entschuldigung, das ist keine akzeptable Position.

Der Plan B heisst, man handelt alle Schweizer Aktien nur noch in der Schweiz.

Ja. Das ist zwar nicht ideal, aber machbar. Ab und zu muss man bereit sein, einen Preis für ein Prinzip zu zahlen. Es kann nicht sein, dass wir einer solchen Drohung nachgeben.

Die Mehrheit der Wirtschaft ist für den Rahmenvertrag mit der EU. Sind Sie da mit Ihrem Nein nicht isoliert?

Moment, ich habe nicht gesagt, dass es keinen Rahmenvertrag braucht. Im Gegenteil, ich glaube, es braucht einen. Aber nicht zu jedem Preis.

Kürzlich war der Jahrestag der Rettung der UBS nach der globalen Finanzkrise. Ihr Vorgänger Peter Kurer behauptet neuerdings, die

Rettung wäre nicht nötig gewesen. Was glauben Sie?

Ich war nicht dabei. Die Frage ist nicht, ob es nötig war. Es war ein Erfolg, und wir sind dankbar dafür. In den USA mussten alle Banken mitmachen, das war letztlich ein Vorteil. In Europa war das Bild uneinheitlich. Da gab es Banken, die sagten, wir brauchen keine staatliche Rettung, obwohl es nötig gewesen wäre, und es gab solche, die sich von anderen Staaten retten liessen.

Sie meinen die Credit Suisse, die Geld von Staatsfonds aus Saudiarabien und Katar erhielt.

Das ist Ihre Interpretation. Wie gesagt, die Rettung war ein Erfolg für die Schweiz und die UBS. Wir wollen den Erfolg nicht wiederholen und tun alles dafür, dass das nicht wieder passiert. Tatsache ist, dass das «Too big to fail»-Problem bei uns gelöst ist.

Das finden aber lange nicht alle. Wer heute noch behauptet, das sei nicht so, der argumentiert entweder ideologisch oder an den Fakten vorbei. Es gibt leider immer noch Leute, die Angstmacherei betreiben. Die Bilanz der UBS ist heute dreimal kleiner als vor der Finanzkrise, und wir haben über 80 Milliarden verlustabsorbieren-

des Kapital. Wir sind erfolgreich, diversifiziert und stabil. Und wir sind auch der grösste Steuerzahler in der Schweiz. Wenn man mit dem Schutz des Steuerzahlers argumentiert, dann sollte man auch diese Tatsache nicht vergessen. Wir haben seit der Fusion des Bankvereins mit der SBG rund 14 Milliarden Franken Steuern bezahlt. Seit der Finanzkrise waren es vier Milliarden Franken. Wir würden gern weiter nachhaltig wachsen, um auch weiter hohe Steuern abliefern zu können.

Werden Sie denn am Wachstum gehindert?

Die Regulierung in den letzten zehn Jahren hat uns sicherlich etwas Wachstum gekostet. Aber verstehen Sie mich nicht falsch, diese Schritte waren notwendig. Ich bin nicht für weniger Regulierung, obwohl man ein paar kluge Anpassungen machen könnte. Ich bin aber gegen mehr Regulierung, vor allem, wenn sie nicht international abgestimmt ist. Ich wundere mich vor allem, wenn im Stabilitätsbericht der Nationalbank das Wachstum der Grossbanken als Risiko thematisiert wird. Ich glaube, die Negativzinsen und die Grösse der Bilanz der Nationalbank sind die viel grösseren Risiken.



UBS-Retter: Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth, Bundespräsident Pascal Couchepin und Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf (v. l.) verkünden am 16. Oktober 2008 in Bern den Rettungsplan für die UBS

Foto: Reuters

«Die Rettung war ein Erfolg für die Schweiz und die UBS. Wir tun alles dafür, dass das nicht wieder passiert»

Wie meinen Sie das?

Es ist ein Fakt, dass die Bilanz unserer Nationalbank sehr viel grösser ist als das Bruttoinlandsprodukt und damit im internationalen Vergleich weit oben liegt. Die Negativzinsen treiben auch die Immobilienpreise in die Höhe.

Haben wir eine Blase?

Insgesamt nicht. Wir glauben aber schon, dass einige Anbieter, die hauptsächlich im Hypothekengeschäft aktiv sind, ein gewisses Klumpenrisiko fahren. Im Übrigen: Viele dieser Anbieter haben sehr viel geringere Steuersätze als wir.

Nun soll auch noch die Postfinance Hypotheken anbieten.

Das kann ich aus Sicht der Postfinance verstehen. Aber wollen wir wirklich, dass eine weitere vom Staat getragene Bank in den Markt eintritt? Es gibt jetzt schon Überkapazitäten, und heute drängen auch noch die Versicherungen und die Pensionskassen ins Hypothekengeschäft.

Gefährdet das die Altersvorsorge?

Schon. Die Risiken, die wir ausserhalb des Bankensystems kreieren, darüber muss man sprechen. Etwas vereinfacht erklärt, rechnen einige Versicherungen und Pensionskassen so: Wenn sie Bargeld halten, zahlen sie Negativzinsen von 0,75 Prozent. Kaufen sie Staatsanleihen, gibt es null Zins. Und vergeben sie eine Hypothek, bekommen sie 2 Prozent.

Das ist doch nachvollziehbar.

Überlegen Sie mal, was passiert, wenn der Markt korrigiert, also die Aktien und die Immobilienpreise runtergehen. Dann schlägt das direkt auf die Pensionskassen. Hinzu kommt, dass wir immer älter werden und dass die Leute nicht unbedingt länger arbeiten wollen.

Warum ist die aufgeblähte Bilanz der Nationalbank ein Risiko?

Die Anlagen sind grösstenteils in fremden Währungen investiert. Wenn man da etwas ändern will, beeinflusst das sofort den Kurs des Frankens. Wenn der steigt, entstehen sofort Milliardenverluste, und die Exportwirtschaft ist bedroht.

Also tut man doch am besten nichts.

Im Moment ist alles unter Kontrolle, aber sollte die nächste Krise kommen, haben wir recht wenig Handlungsspielraum. Die USA verschaffen sich mit ihren Zinsschritten gerade wieder die Fähigkeit, zu handeln. Können wir wirklich nochmals die Bilanz der Nationalbank erhöhen? Ich glaube nicht. Darüber wird zu wenig gesprochen.

Der Ausverkauf an der Börse reisst Löcher in die Bilanzen

Es droht ein schlechtes Jahr für die Pensionskassen. Der gestiegene Aktienanteil wirkt sich jetzt negativ aus – womöglich auch bei der Nationalbank

Zürich Der Oktober wird seinem Ruf als gefährlicher Börsenmonat wieder einmal gerecht. Wenn die Stimmung bis Mittwoch nicht mehr dreht, wird er in den USA als schlechtesten Monat seit der Finanzkrise in die Geschichte eingehen. Auch die meisten Börsen in Europa und Asien sind im Minus, zum Teil deutlich. Der Schweizer Börsenindex SMI hat seit Anfang Jahr 7,6 Prozent eingebüsst.

Im vergangenen Jahr hatte die günstige Börsenstimmung die Renditen der Pensionskassen noch kräftig steigen lassen. Erstmals haben Aktien die Obligationen überholt. Sie sind nun mit fast einem Drittel die wichtigste Anlageklas-

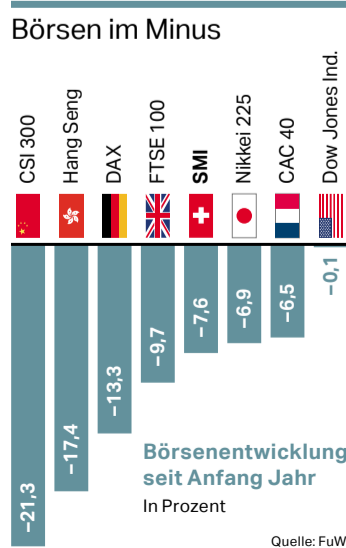
se, wie die Pensionskassenstudie von Swisscanto zeigt. Sie basiert auf den Daten von 535 Vorsorgeeinrichtungen mit einem Vermögen von 680 Milliarden Franken.

Erstmals seit dem Ende der Finanzkrise wirkt sich der steigende Aktienanteil nun negativ aus. Gemäss dem vierteljährlichen PK-Monitor des Fondsanbieters lagen die Renditen aller Anlageklassen Ende September im Minus – mit Ausnahme der Aktien. Mit den jüngsten Turbulenzen dürften auch die meisten Aktienportefeuilles in den negativen Bereich rutschen. Der deutsche Aktienindex DAX hat seit Anfang Jahr bereits über 13 Prozent verloren, die

britische Börse 10 Prozent. Am schlimmsten traf es die Börsen in Asien. Der Markt in Hongkong sackte um 17 Prozent ab, jener in Shanghai verlor 21 Prozent.

Pensionskassen halten an ihren Anlagestrategien fest

Ende vergangenen Jahres lag der durchschnittliche Deckungsgrad der Pensionskassen bei knapp 113 Prozent. Korrigieren die Aktienmärkte um 30 Prozent, wäre der Puffer weg. Davon sind wir allerdings noch einiges entfernt. «Es ist verfehlt, jetzt in Panik zu verfallen», sagt Hanspeter Konrad, Direktor des Pensionskassenverbands Asip. Anlagestrategien von



Pensionskassen seien längerfristig ausgerichtet, sodass sie aufgrund von kurzfristigen Turbulenzen nicht über Bord geworfen werden müssten. Das sehen auch Pensionskassenvertreter so. «Wir sehen im Moment keine Notwendigkeit einer Anpassung der lang- oder mittelfristigen Verteilung auf die verschiedenen Anlageklassen», sagt Christoph Ryter, Geschäftsführer der Migros-Pensionskasse. Ähnlich argumentiert die grösste Pensionskasse der Schweiz BVK, die Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürich. Die meisten Pensionskassen bilden sich nicht ein, über besondere Prognosefähigkeiten an den Finanz-

märkten zu verfügen, und legen ihre Gelder nach vordefinierten Regeln an.

Auch in der Bilanz der Schweizerischen Nationalbank hat sich der Aktienanteil seit 2010 auf 21 Prozent etwa verdoppelt. Allein in US-Firmen war sie Mitte Jahr mit über 87 Milliarden Franken investiert. Die grössten Positionen waren Apple, Microsoft, Amazon und Facebook. Börsenturbulenzen wirken sich deshalb stark auf den Gewinn aus. Im ersten Halbjahr resultierten noch 1,8 Milliarden Franken aus Aktienkursgewinnen. Neue Zahlen liefert die Nationalbank am Mittwoch. Armin Müller, Robert Mayer